

«Berner Zeitung» 26. April 2006

## Farbiger Aktionstag statt Demozug

**Bunte Fahnen an Stelle von dumpfer Gewalt: Burgdorf will am nächsten Samstag ein Zeichen gegen die Gewalt setzen.**

Es wird wieder demonstriert. Am kommenden Samstag. Und doch wird etwas anders sein als beim letzten Mal, als Burgdorf auf der Strasse ein ähnliches Zeichen setzte. Denn als sich die Emmstadt Ende Oktober 2000 zu einem Lichterzug «gegen Rechtsextremismus und Gewalt» aufmachte, wäre die Situation beinahe eskaliert. Vermummte linke Antifa-Aktivistinnen standen kahl geschorenen rechten Skins gegenüber, vereinzelt gab es Provokationen, setzte es sogar Schläge ab.

### **Nur eine Minderheit**

Doch damit allein hängt es nicht zusammen, dass die Kundgebung diesmal in neuen Bahnen verlaufen wird. So jedenfalls erklärt es Elisabeth Zäch, SP-Gemeinderätin und Mitinitiantin der gegen die Gewaltexzesse gerichteten Aktion «Courage»: «Wir wollen zeigen, dass wir eine andere Vorstellung von unserer Stadt haben. Dass wir, die Mehrheit in Burgdorf, uns unsere Stadt nicht von einer gewalttätigen Minderheit kaputtmachen lassen wollen.»

Deshalb wird es auch keinen Demozug geben, Zäch redet viel lieber von einem Aktionstag. In dessen Verlauf liegen ab 13 Uhr in der Oberstadt Fahnen zum fantasievollen Bemalen auf, lokale Musikerinnen und Musiker sorgen für einen stimmigen Rahmen, und um 16 Uhr wird alt Gymnasiumsrektor Jürg Wegmüller zum Thema Extremismus referieren und zum Widerstand gegen jegliche Gewalt aufrufen.

### **Jetzt wegweisen?**

Derweil überlegt der Gemeinderat, auf die Prügelei vom letzten Wochenende noch mit einer weiteren Massnahme zu reagieren. Genau so, wie es der Anwalt der Opfer bereits in der gestrigen BZ gefordert hat: «Wir prüfen», sagte Stadtpräsident Franz Haldimann gestern auf Anfrage, «ob auch wir in Burgdorf den Wegweisungsartikel anwenden dürfen.»

Die Stadt Bern, wo die Polizei mehrmals Leute vom Bahnhof weggewiesen und mit einem Arealverbot für drei Monate belegt hat, darf das jedenfalls; das hat das Bundesgericht im Januar so festgehalten. Und auch Thun hat bereits Leute für längere Zeit aus seiner Altstadt verbannt. Weil allein der «begründete Verdacht», zu einer bestimmten Szene zu gehören, für eine so genannte Fernhalteverfügung ausreiche, wie der «Beobachter» Anfang Jahr kritisch bemerkte. Stephan Künzi